

Ausstieg aus der Atomenergie – ja oder nein?

Politisches Entscheidungsdenken in der Sekundarstufe II

Volker Meierhenrich



Volker Meierhenrich

Zusammenfassung

Die Förderung der politischen Urteils- und Entscheidungsfähigkeit gilt als das anspruchvollste Ziel der politischen Bildung. Der Beitrag veranschaulicht beispielhaft („Ausstieg aus der Atomenergie – ja oder nein?“), wie Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II den von Bernhard Sutor entwickelten Drei-Schritt politischer Urteilsbildung für selbstständiges politisches Urteilen und Entscheiden nutzen können.

1. Bernhard Sutors Drei-Schritt kategorialer politischer Urteilsbildung als Instrument politischen Entscheidungsdenkens

Das in diesem Beitrag vorgestellte didaktische Konzept politischen Entscheidungsdenkens basiert auf dem von Bernhard Sutor formulierten Drei-Schritt kategorialer politischer Urteilsbildung. Aus diesem Grund soll zunächst wiedergegeben werden, wie Bernhard Sutor diesen Drei-Schritt politischer *Urteilsbildung und Entscheidung* mit seinem Verständnis von politischer Bildung als kategorialer Bildung begründet und aufgebaut hat.

„Wenn im Lernvorgang Ziele und Inhalte sowie Verfahrensweisen nicht trennbar sind, dann bedeutet dies: Lehren und Lernen besteht nicht in der bloßen Vermittlung und Aneignung von Inhalten im Vertrauen auf deren bildende Wirkung (Theorie der materialen Bildung), sondern in der kognitiven Bearbeitung von Gegenständen mit Instrumenten und Operationen, die diesen angemessen sind; Gegenstände sind nicht beliebig austauschbares Material zur Bearbeitung zwecks Ausbildung formaler geistiger Fähigkeiten (Theorie der formalen Bildung), sondern den Zielen und Verfahrensweisen entsprechende Inhalte“ (Sutor 1984, 68).

Nach Sutor hat dieses Entsprechungsverhältnis von materialer und formaler Bildung in der Theorie der kategorialen Bildung ihren Niederschlag gefunden. Kategoriale Bildung zielt „auf die wechselseitige Erschließung von Mensch und Umwelt, auf die Möglichkeit der geistigen Bewältigung des in Fülle und Unordnung auf uns eindringenden Materials durch begründbare Auswahl beispielhafter Gegenstände, an denen verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse und Einsichten ge-

wonnen und auf andere Gegenstände übertragen werden können (Sutor 1984, 68). Sutor betont, dass nach der Theorie der kategorialen Bildung die Kategorien „die Brücke schlagen sollen zwischen dem Erkennenden/Lernenden und den Sachen“ (Sutor 1984, 68). „Kategorie“ solle „nach diesem Konzept das an der Sache gewonnene Instrument ihrer Bewältigung sein“ und sie solle „beim Subjekt zur Einsicht in die verstandene Sache werden“ (Sutor 1984, 68). Sutor erläutert, dass „Kategorie“ seit Aristoteles Aussageweise, Aussageschema oder -typus bedeute. „Kategorisch sind Grundbegriffe, in denen die Philosophie ihre Standardfragen an das Sein stellt und die damit die Bereiche möglicher Antworten bestimmen“ (Sutor 1984, 69). Aristoteles setzt in seinem Kategorienverständnis die Position einer kritisch-realistischen Erkenntnistheorie voraus. Vernunft bzw. Sprache und Sein entsprächen sich. Deshalb seien Kategorien „Formen des Wirklichen in der Sprache“ (Sutor 1984, 69).

Für die politische Bildung ist, so Sutor, nicht die philosophische Frage nach dem Seinscharakter von Kategorien, sondern vielmehr die Besinnung auf den praktischen Ursprung der politischen Grundbegriffe von Bedeutung (Sutor 1984, 70). Dabei arbeiteten Fachwissenschaft und Didaktik auf diesem Feld mit gleichen Mitteln, „die die soziale Praxis selbst prägen, nämlich mit Mitteln sprachlicher Kommunikation“ (Sutor 1984, 70). Ihre Kategorien entstammten weder „einer übergeschichtlichen Theorie“ (Sutor 1984, 70) noch bildeten sie ein theoretisches System, sondern sie seien „unbeschadet der notwendigen wissenschaftlichen Reflexion und Begründung ein geschichtlich-gesellschaftlich bedingtes, ein praktisch-topisches Ensemble von Grundfragen an die Politik.“ (Sutor 1984, 70). Ihre wissenschaftliche wie didaktische Leistung bestehe darin, Komplexität zu reduzieren und Gegenstände zu strukturieren (Sutor 1984, 70).

Sutor hat für den Politikunterricht das folgende Kategorien-Ensemble vorgeschlagen:

Situationsanalyse: Was ist?

Problem/Konflikt
Betroffenheit/Bedeutsamkeit
Meinung/Information
Interessen/Beteiligte
Interpretation/Ideologie

Möglichkeitserörterung: Was ist möglich?

Macht/Ohnmacht
Recht/Verfahrensregeln/Institutionen
Koalition/Kompromiss/Zielkonflikte
Durchsetzung/Entscheidung

Urteilsbildung/Entscheidungsdiskussion: Was soll geschehen?

Menschenwürde/individuelle und politische Freiheit/
soziale Gerechtigkeit/inner- und zwischenstaatlicher Friede
Zumutbarkeit/Grundkonsens
Legitimität/Gemeinwohl
Wirksamkeit/Folgen/Verantwortbarkeit
(Sutor 1984, 72)

Die *Situationsanalyse* und die *Erörterung von Handlungsmöglichkeiten* münden beim beobachtenden Bürger in ein *Urteil* über Lösungsmöglichkeiten, bei den politischen Akteuren in eine *Entscheidung* (Sutor 1997, 16).

2. Die Förderung der politischen Urteils- und Entscheidungsfähigkeit als Kernauftrag der Politischen Bildung

Das Urteilen des Bürgers als „inneres Handeln“ (Sutor 1997, 16) kann eine *Entscheidung* vorwegnehmen, mit- oder nachvollziehen, sei es in Zustimmung oder Kritik. Ein solches „inneres Handeln“ bzw. entscheidungsorientiertes Urteilen des Bürgers setzt in erste Linie den Erwerb von politischer Urteilskompetenz im Rahmen politischen Lernens voraus: „Politische Bildung als *Fachunterricht* ist vorrangig dem Kognitiven verpflichtet. Hinzu kommt die folgende Überlegung: Der *Kernauftrag* des Faches Politische Bildung besteht speziell in der Vermittlung der politischen Urteilsfähigkeit. Da die Bildung eines politischen Urteils deutlich mehr ist als die Artikulation einer Meinung und erhebliche Denkanstrengungen verlangt, kann man in der Förderung der Urteilsfähigkeit nicht nur den Kernauftrag, sondern auch das anspruchvollste Ziel der Politischen Bildung sehen“ (Detjen 2005, 180).

3. Die Durchführung von Projektarbeiten zum politischen Entscheidungsdenken – Vorbereitung und Zielvorgabe

Der Autor hat am Bodelschwingh-Gymnasium Herchen, einem Gymnasium der Evangelischen Landeskirche im Rheinland mit 1050 Schülern, in seinem Grundkurs Sozialwissenschaften in diesem Jahr (2006) – als abschließende Unterrichtsreihe vor den Abiturprüfungen – in fünf Gruppen (eine Vierer-, drei Dreier- und eine Zweier-Gruppe) Projektarbeiten durchführen lassen, um die politische Urteils- und Entscheidungsfähigkeit seiner Kursmitglieder zu fördern. Im Folgenden soll am Beispiel einer Projektarbeit veranschaulicht werden, welche Denkanstrengungen (Detjen 2005, 180) bzw. kognitive Leistungen Lernende der Jahrgangsstufe 13 zum Zweck politischer Urteilsbildung vollziehen können.

Vor dem Beginn der Projektarbeit zum politischen Entscheidungsdenken machte der Autor die Mitglieder seines Grundkurses Sozialwissenschaften mit Bernhard Sutors Drei-Schritt politischer Urteilsbildung (Situationsanalyse, Möglichkeitserörterung, Urteilsbildung/Entscheidung) und dem dazugehörigen Kategorien-Ensemble vertraut. Dieses Modell politischer Problemlösung und -entscheidung stellte er den Lernenden in einem zweiseitigen Einführungstext vor, der die entsprechenden Teile des zu Grunde liegenden Aufsatzes von Bernhard Sutor wiedergibt (Sutor 1997, 15-17). Dieser Lehrgang (vgl. Rothe 2000, 98f.) in Form der gemeinsamen Lektüre des Einführungstextes und der damit verbundenen Erläuterung des Kategorien-Ensembles nahm zwei Unterrichtsstunden in Anspruch. Anschließend konnten die Lernenden in die Einstiegs- und Planungsphase ihrer Projektarbeit (vgl. Kroll 2000, 140f.) eintreten, in der sie sich – in frei gewählten Gruppen – mit den folgenden, vom Autor formulierten, konkreten Planungs- und Auswahlfragen auseinander setzten:

- Welches *Problem*/welchen *Konflikt* wählen wir zur Einübung politischer Urteilsbildung bzw. politischen Entscheidungsdenkens aus?
- Spielt bei dieser Auswahl (vgl. oben) eventuell die Frage nach der subjektiven (persönlichen) *Betroffenheit* von einem Konflikt oder einem Problem oder nach dessen objektiver *Bedeutsamkeit* für die eigene gegenwärtige oder künftige Lebenslage eventuell eine Rolle?
- Welche Überlegungen sollten bei unserer Auswahl (vgl. oben) eine Rolle spielen (persönliches Interesse, persönliches Hintergrundwissen, Zukunftsbedeutung, globale Bedeutung, Möglichkeiten der Informationsbeschaffung etc.)? (Vgl. Sutor 1994, 35).

Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit diesen Fragen entschieden sich die einzelnen Gruppen für die Bearbeitung der folgenden politischen Probleme bzw. Entscheidungsfragen:

- A) Wehrpflicht – ja oder nein?
- B) Einführung der Gesundheitskarte – ja oder nein?
- C) Einführung von Studiengebühren – ja oder nein?
- D) Einführung von Mindestlöhnen – ja oder nein?
- E) Ausstieg aus der Atomenergie – ja oder nein?

Die einzelnen Gruppen hatten den Auftrag, den Drei-Schritt politischer Urteilsbildung von Bernhard Sutor als Werkzeug für die eigenständige Bearbeitung des von ihnen gewählten Problems bzw. Konflikts einzusetzen. D.h. sie konnten hinsichtlich der Teilfragen (vgl. das Kategorien-Ensemble im Abschnitt 2) gemäß ihrem Thema kategorial unterschiedliche Akzente setzen (vgl. Sutor 1994, 35). Jede Gruppe dokumentierte schriftlich den Lernweg ihres Entscheidungsdenkens auf einem Plakat und auf einem Handout, mit deren Hilfe sie ihre Entscheidungsfindung den anderen Gruppen erläuterte und anschließend mit ihnen darüber diskutierte.

4. Die exemplarische Vorstellung einer Projektarbeit

Wie oben (vgl. Abschnitt 3) dargelegt, können Bürger in ihren Urteilen eine politische Entscheidung „vorwegnehmen, mit- oder nachvollziehen, sei es in *Zustimmung* oder *Kritik*“ (Sutor 1997, 16, H.V.M.). An diesem Verständnis eines kritischen, mündigen Bürgers orientiert (vgl. Klafki 1996, 52), hat der Lehrende den Lernenden die Freiheit eingeräumt, eine bereits getroffene oder eine noch ausstehende politische Entscheidung zum Gegenstand ihrer Projektarbeit zu machen. Somit konnte es sich um eine bereits getroffene *Entscheidung* handeln, die gegenwärtig von Politikern und Interessengruppen kontrovers beurteilt bzw. diskutiert wird. Dies trifft in besonderem Maße auf die aktuelle politische Entscheidungsfrage „Atomausstieg – ja oder nein?“ zu. Im Folgenden soll *exemplarisch* die von einer Schülerin (Simone) und einem Schüler (Martin) durchgeführte Projektarbeit, deren Gegenstand diese Entscheidungsfrage ist, in ihren Grundzügen skizziert werden.

Die Entscheidung für die politische Entscheidungsfrage „Ausstieg aus der Atomenergie – ja oder nein?“

Simone und Martin begründeten die Auswahl ihres Projektthemas mit den folgenden Argumenten: „Die Problematik des Atomausstieges interessiert uns, da unsere Generation und somit auch wir in besonderem Maße davon betroffen sein werden. Wir werden uns in jedem Fall mit ihr auseinander setzen müssen. Zum Zeitpunkt der Themenwahl beschäftigte sich Martins Physik-LK mit Kernenergie, weswegen ihn auch die politische Seite dieses Themas interessierte.“ D.h. sie ließen sich in ihrer Auswahl der Entscheidungsfrage „*Atomausstieg – ja oder nein?*“ von dessen verantwortungsethischer Dimension der Zukunftsorientierung (Scherb 1999, 234), von der – aus naturwissenschaftlich-physikalischer Perspektive erkannten – Bedeutsamkeit („Makrowelt“) und von ihrer persönlichen Betroffenheit („Mikrowelt“, Gagel 1999, 30) leiten.

Die Anwendung des Drei-Schrittes politischer Urteilsbildung

a) Situationsanalyse

Gemäß Sutors Drei-Schritt politischer Urteilsbildung nahmen Simone und Martin zunächst die *Situationsanalyse* vor. Im Hinblick auf ein *rationales* politisches Entscheidungsdenken erschien es ihnen sinnvoll, diese Analyse – in Ergänzung zu den von Sutor vorgeschlagenen Kategorien (Beteiligte, Meinungen, Geschichtlichkeit etc.) – mit einer Gegenüberstellung von Argumenten für und gegen Atomenergie zu beginnen. (*Pro-Argumente*: kaum Emissionen; Atomkraftwerke sind effizienter und billiger als konventionelle Kraftwerke. [Der Brennstoff Uran macht bei einer Laufzeit von 40 Jahren nur 5% der Kosten aus; der Atomausstieg verursacht hohe Kosten, da sich die Kernkraftwerke nur langfristig rentieren; schaltete man die Kernkraftwerke ab, so bestünde ein Energieversorgungsproblem: Fossile Brennstoffe sind nur begrenzt verfügbar; alternative Energien sind noch nicht ausgereift bzw. produzieren nicht so viel Energie. *Contra-Argumente*: Kernkraftwerke belasten durch ihre Radioaktivität die Umwelt. Das Kühlwasser wird erwärmt. Die Sonnenstrahlung wird vermindert. Die für die Kernkraftwerke erforderlichen staatlichen Sicherheitsmaßnahmen sind mit hohen Kosten verbunden; die Brennstoffvorräte sind begrenzt; das Problem der Endlagerung des Atommülls ist ungelöst; bei einem GAU – wie bei dem von Tschernobyl – ist mit verheerenden Folgen zu rechnen; die Betriebsdauer von Kernkraftwerken ist nicht unbegrenzt; ihre Entsorgung ist nicht unproblematisch, da viele Teile radioaktiv geworden sind.)

Nach dieser Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten zur Kernenergie verschafften sich Simone und Martin einen Überblick über die aktuelle Kontroversität an Meinungen bzw. Interessen Beteiligter. (*Meinungsäußerungen für/Interesse am Atomausstieg*: „Die älteren Kraftwerke sind nicht sicher.“ [Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister, SPD] Es ist unverantwortlich, dass CDU/CSU und FDP 20 Jahre nach Tschernobyl zurück ins Atomzeitalter wollen.“ (Die Grünen in ihrem Wahlprogramm zur Bundtagswahl 2005)/*Meinungsäußerungen ge-*

gen den Atomausstieg bzw. für die Aufrechterhaltung der Kernenergie: „Die deutschen Kernkraftwerke sind die sichersten der Welt.“ (Aus dem Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl 2005) „Deutschland soll die Option offen halten, auch neue Kraftwerke zu bauen. [...] Ein Land, das darum kämpft, nicht zu teuer zu werden, kann sich diesen volkswirtschaftlichen Unsinn nicht leisten, sichere Kernkraftwerke abzuschalten, die billigen Strom produzieren.“ [Roland Koch, Ministerpräsident von Hessen, CDU] Wolf Bernotat, der Vorstandschef des Energiekonzerns E.ON, erklärte, dass bisher noch niemand eine Antwort darauf gegeben habe, wie die Versorgungslücke nach der Abschaltung der Kernkraftwerke geschlossen werden solle; der Energiekonzern RWE formulierte zu Beginn der Koalitionsverhandlungen 2005 „Argumentationshilfen“ für die SPD-Politiker: Eine „Minderung der Kohlendioxidemissionen“ und eine „Stabilisierung der Strompreise“ werden als Argumente für eine unbegrenzte Laufzeit der Kernkraftwerke angeführt. Auch die Gewerkschaften ver.di und die IG Bergbau Chemie und Energie stehen dem Ausstieg aus der Atomenergie kritisch gegenüber: „Einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden“, fordern sie.)

Simone und Martin machten auch die Meinung der deutschen Bevölkerung (70% wollen am Atomausstieg festhalten; 13% sind für den unbegrenzten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke; 11% würden den Bau neuer Kernkraftwerke akzeptieren [Emnid-Umfrage 2005]) und die Kategorie *Geschichtlichkeit* zum Gegenstand ihrer Situationsanalyse (u.a.: Atomkonsens zwischen der Bundesregierung und der Atomwirtschaft im Juni 2000: Restlaufzeit der Atomkraftwerke von 32 Jahren, Beendigung der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente ab 2005, Erhöhung der Haftungsgrenze von 0,25 auf 2,5 Milliarden Euro).

Simones und Martins *Möglichkeitserörterung* und *Urteilsbildung* bzw. *Entscheidung* können nachfolgend nur verkürzt wiedergegeben werden.

b) Möglichkeitserörterung

Ohnmacht (Martin und Simone: „Wir empfinden *Ohnmacht*, da wir nach einem Atomausstieg keine wirkliche Lösung des Energieproblems vorzuweisen haben.“ [Aktuelle Alternative: Deckung des Großteils des Primärenergiebedarfs durch Erdöl; Folge: politische Abhängigkeit; vgl. die Erdgas-Konflikte Russlands mit der Ukraine/Konflikte mit der arabischen Welt]; Endlichkeit der Uranvorräte: Festhalten an der Atomenergie keine zukunftsweisende Entscheidung; regenerative Energien reichen bei weitem nicht für den Primärenergiebedarf aus [erneuerbare Energien decken im Jahr 2004 10% des Energiebedarfs]) *Verfahrensregeln/Institutionen*: Entscheidende Rolle: Wirtschaft/Forschung, da nur sie das Energieproblem durch das Anbieten/die Entwicklung alternativer Energiegewinnungsprozesse lösen können; Einflussmöglichkeit der Politik auf die Wirtschaft: Mit Gesetzen konventionelle Energieformen unattraktiv machen und neue Verfahren „erzwingen“.

Beteiligung/Mitbestimmung des Bürgers: Beeinflussung der zukünftigen Energiepolitik durch das Wahlverhalten sowie die Nachfrage (z.B. könne man über Greenpeace „grünen“, d.h. Strom aus regenerativen Energiequellen beziehen),

durch Meinungsäußerung in Demonstrationen (besonders die Atomkraftgegner); insgesamt sei die Einflussmöglichkeit des Bürgers jedoch beschränkt.

Koalition/Kompromiss/Zielkonflikte: Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung: Deutschland hält am Atomausstieg fest (CDU musste durch notwendige Kompromissfindung dem Atomausstieg zustimmen).

Durchsetzung/Entscheidung: Grundsätzlicher Beschluss des Atomausstiegs; Konsequenz: Notwendigkeit alternativer Energiegewinnung

c) Urteilsbildung/Entscheidung

Zumutbarkeit/Gesamtinteresse (Gemeinwohl): Simone und Martin halten es für richtig, die Menschen vor der Gefahr eines Atomunfalls zu schützen. Auch die Endlagerung nicht wiederverwertbaren radioaktiven Materials sei ein Problem der *Zumutbarkeit*. Die Aktivität der langlebigsten Endprodukte klinge erst nach vielen tausend Jahren signifikant ab. („Dürfen wir den nachfolgenden Generationen diese Last aufbürden?“) Andererseits böten Atomkraftwerke billige und effiziente Stromproduktion. Daher stellte sich gerade angesichts aktueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Frage, ob man der Bevölkerung „sauberen“, aber in der Regel auch teureren Strom zumuten sollte.

Zwischenstaatlicher Friede: Durch die voraussehbaren Energieprobleme der Zukunft könnten, zwischenstaatliche Konflikte ausgelöst werden. Eine potenzielle Gefährdung bestehe auch darin, dass bei der Wiederaufbereitung waffenfähiges Plutonium entstehe.

Urteil/Entscheidung: Abschließend formulieren Simone und Martin ihr *Urteil* bzw. treffen ihre *Entscheidung*: „Der Atomausstieg ist – unabhängig von eventuellen politischen Konstellationen – unumgänglich. Wir sind der Meinung, dass je früher der Atomausstieg gesetzlich herbeigeführt wird, desto eher Alternativen gesucht werden. Es bleibt nämlich fraglich, ob sich die Energiekonzerne mit alternativen Energien beschäftigen werden, würde an der Atomkraft festgehalten. Eine frühe Suche nach Lösungen könnte sich langfristig sogar positiv auf die deutsche Wirtschaft auswirken, da die entwickelten Techniken dann an Länder wie Frankreich, die stark auf Atomkraft bauen, vermarktet werden könnten, wenn diese vor dem akuten Problem der aufgebrauchten Uran-Reserven stehen. Abschließend lässt sich sagen, dass wir für einen baldigen Atomausstieg und eine Vorantreibung der Forschung nach Alternativen sind.“

6. Hinweise zur Durchführung – Evaluationsergebnisse

Im Rahmen einer schriftlichen Evaluation betonten die Lernenden, dass für die erfolgreiche Durchführung der Projektarbeit die folgenden Vorgaben bzw. Hilfestellungen des Lehrenden wichtig waren:

- A) Der Kurs wird zu Beginn der Projektarbeit über den Abgabetermin informiert. (Er hatte zwölf Unterrichtsstunden Zeit, was sich als notwendig, aber auch ausreichend erwies.)

- B) Jede Gruppe dokumentiert *ihr Entscheidungsdenken* nicht nur auf einem Plakat, sondern auch skizzenhaft auf einem Handout, so dass die Lernenden den Gruppenvortrag gut nachvollziehen können und für die anschließende Diskussion einen Überblick über die wichtigsten Aspekte haben.
- C) Die Lernenden betonten einmütig, dass ihnen die freie Themenwahl sehr wichtig war: Diese habe sie zu einer intensiven Auseinandersetzung mit einem politischen Problem motiviert, für das sie sich interessieren.
- D) Der vom Lehrenden geschriebene Einführungstext über den Drei-Schritt kategorialen politischen Entscheidungsdenkens (vgl. Abschnitt 3) war für die Lernenden ein hilfreiches Werkzeug für eine eigenständige Bearbeitung des von ihnen ausgewählten politischen Problems /Konflikts. („*Die Kategorien gaben Denkanstöße, die man sonst gar nicht in Betracht gezogen hätte. Insofern halfen sie bei der differenzierten Auseinandersetzung. „/„Dadurch wurde gewährleistet, dass man seine Informationen leichter ordnen und die Problemstellung aus allen /vielen Blickwinkeln betrachten konnte.“*)

Literatur

- Detjen, Joachim (2005): Politische Urteilsfähigkeit als Kern der Bildungstheorie des Politischen. In: Massing, Peter, Roy, Klaus-Bernhard (Hg.): Politik. Politische Bildung. Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 172-189
- Gagel, Walter (1999): Betroffenheit und Bedeutsamkeit. In: Richter, Dagmar, Weißeno, Georg (Hg.): Didaktik und Schule. Band 1 des Lexikons der politischen Bildung (Hg.: Georg Weißeno). Schwalbach/Ts.: Wochenschau: 29-31
- Juchler, Ingo (2005): Politische Urteilsbildung – Kernkompetenz für den Politikunterricht. In: Weißeno, Georg (Hg.): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung. VS: Wiesbaden, 63-73
- Klafki, Wolfgang (1996): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. 5. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz
- Kroll, Karin (2000): Projektmethode. In: Kuhn, Hans-Werner, Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken. Band 3 des Lexikons der politischen Bildung (Hg.: Georg Weißeno). Schwalbach/Ts.: Wochenschau: 141-143
- Meierhenrich, Volker (2003): Wie können Schüler politisch urteilen? Kategorien politischer Urteilsbildung im Bewusstsein von Schülerinnen und Schülern. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Reinhardt, Sibylle (2005): Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin: Cornelsen Scriptor
- Rothe, Klaus (2000): Lehrgang. In: Kuhn, Hans-Werner, Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken. Band 3 des Lexikons der politischen Bildung (Hg.: Georg Weißeno). Schwalbach/Ts.: Wochenschau: 98-100
- Scherb, Armin (1999): Sinnorientierung. In: Richter, Dagmar, Weißeno, Georg (Hg.): Didaktik und Schule. Band 1 des Lexikons der politischen Bildung (Hg.: Georg Weißeno). Schwalbach/Ts.: Wochenschau: 233-234
- Sutor, Bernhard (1984): Neue Grundlegung politischer Bildung. Bd. II. Ziele und Aufgaben des Politikunterrichts. Paderborn: Schöningh
- Sutor, Bernhard (1994): Politische Bildung als Praxis. Grundzüge eines didaktischen Konzepts. 2. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Sutor, Bernhard (1997): Kategorien politischer Urteilsbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), B 32, 11-18